

KAISERSLAUTERN
JUGEND
PARLAMENT



Ergebnispapier des Bildungsgipfels

15.12.2022

09:00 Uhr bis 12:30 Uhr

Ratssaal Kaiserslautern

Vorwort

Das hier vorliegende Papier ist das Ergebnis des Bildungsgipfels des Jugendparlamentes der Stadt Kaiserslautern. Bei diesem haben sich 30 Delegierte in 2 Arbeitsgruppen grundlegende Gedanken zu zwei Themenbereichen gemacht und Forderungen erarbeitet, die dann von allen Delegierten, nach ausgiebiger Diskussion abgestimmt und verabschiedet wurden.

Wir stellen diese Forderungen an ganz viele verschiedenen Stellen und Institutionen. Dieses Papier enthält nicht nur Forderungen an die kommunalen Einheiten, sondern auch an die Schulen und die Schüler*Innen-Vertretungen.

Speziell für diese Forderungen fordern wir eine Übermittlung an die Schulleitungen und einen Austausch mit diesen.

Gerade im Bildungsbereich wird zu viel und zu oft gespart. Eine gut ausgebaute und sanierte Schule trägt erheblich zum Bildungserfolg bei und muss deswegen oberste Priorität haben.

Wir jungen Menschen wollen und müssen mitreden dürfen, wenn es darum geht, Weichen für die nächsten Jahre festzusetzen. Ganz allgemein fordern wir also mehr Aufmerksamkeit und mehr Mitspracherecht.

Im Namen aller Delegierten des Bildungsgipfels

Kaiserslautern, den 15.12.2022

Hatim Ghaffar, Gipfelleitung

Moritz Behncke, 1. Vorsitzender des Jugendparlamentes

Kapitel 1 – Schulgemeinschaft und Kompetenzen

Absatz 1.1. – Stärkung Partizipation von Schüler*Innen

- 1.) Wir fordern, dass den Schüler*Innenvertretungen mehr Rechte zugestanden werden und auch die Informationen über diese sollten erreichbar sein.
- 2.) Insbesondere die Anzahl der Stimmen der Schüler*Innen bei Schul- und/oder Gesamtkonferenzen sollen erhöht werden.
- 3.) Häufig mangelt es an der Informationsvermittlung bei den Rechten von Schüler: Innenvertretungen. Daher soll gezielt zu Beginn des Schuljahres in einem Seminar oder einem Informationsordner über die Möglichkeiten von SV'en informiert werden.
- 4.) Wir fordern das Einrichten eines Datenschutzbeauftragten an Schulen.
- 5.) Wir fordern mehr demokratische Basisabstimmungen bei Entscheidungen, die die Schüler*Innen betreffen.
- 6.) Wir fordern, dass die Schüler*Innenvertretungen verpflichtende SV-Sitzungen mindestens einmal im Quartal einberufen müssen.

Absatz 1.2. – Schulsozialarbeit

- 1.) Wir fordern für jede Schule mindestens eine/einen Sozialarbeiter*In, mit mehr zur Verfügung stehender Zeit in den Klassen, was der besseren Informationsweitergabe und einem intensiveren Austausch dienen soll.
- 2.) Außerdem soll es ein Angebot der Schulseelsorge geben.
- 3.) Wir fordern die Erhöhung der Anzahl der Vertrauenslehrkräfte. Künftig soll es für jede Stufeneinheit (Orientierungsstufe, Mittelstufe und Oberstufe) eine zuständige Vertrauenslehrkraft geben.
- 4.) Wir fordern mehr Aufklärungsarbeit bei der Rassismus-Prävention.

Absatz 1.3. – Vielfalt und Toleranz im Schulalltag

- 1.) Wir fordern, dass, wenn möglich, genderneutrale Toiletten in Bildungseinrichtungen installiert werden, da diese für einen Teil der Schulgemeinschaft wichtig sind und so Diskriminierung vermieden werden kann.

- 2.) Wir fordern mehr Aufklärungsarbeit bei queeren Themen.
- 3.) Wir fordern, dass das „Schule ohne Rassismus“- Siegel neu gedacht wird und eine regelmäßige Überprüfung dieses Labels stattfindet, da vielen Schulen ein Missbrauch des Titels, bzw. dessen Nicht-Erfüllung nachgesagt wird.

Absatz 1.4. - Medienkompetenzen

- 1.) Wir fordern das Einsetzen geschulter Medienscouts zur Förderung des Umgangs mit den sozialen Medien.
- 2.) Wir fordern darüber hinaus, dass ein adäquates Kompetenztraining für Schüler*Innen und Lehrkräfte über das Medienkompetenzzentrum der Stadt organisiert wird.

Absatz 1.5. – Politische Bildung im Schulalltag

- 1.) Wir fordern die Schulen dazu auf, mehr Workshops zu politischen Themen durchzuführen.
- 2.) Für die Integrierten Gesamtschulen und Realschulen sollen anstelle des Faches „Gesellschaftslehre“, die Fächer Sozialkunde, Erdkunde und Geschichte getrennt voneinander unterrichtet werden.
- 3.) Wir fordern zu jeglichen Wahlen eine Wahlsimulation an den Bildungseinrichtungen. Diese Simulationen sollen mit entsprechenden Informationen in den Einrichtungen vorbereitet werden.
- 4.) Wir fordern die Förderung von Workshops und Themenwochen für Argumentationstraining.

Absatz 1.6. – Europa im Schulalltag

- 1.) Wir möchten in einen Zustand kommen, in dem alle Schulen im Rahmen ihrer Kursfahrten europäische Länder besuchen, um das Kulturverständnis und die Wertevorstellung in Europa zu stärken.
- 2.) Wir fordern stadtweite Projekte zu den Themen Europa und Europäische Union.
- 3.) Wir wollen mehr sprachliche Bildung in Form von Arbeitsgemeinschaften an den Schulen. Diese können auch über die Volkshochschule schulübergreifend angeboten werden.

Absatz 1.7. – Networking der Schulen

- 1.) Wir fordern schulübergreifende Sportturniere und schulübergreifende Musik-Ensembles.
- 2.) Wir fordern das Angebot von schulübergreifenden Ausflügen und Exkursionen, die unter anderem dem Networking dienen sollen.

Kapitel 2 – Bausituation

Absatz 2.1. – Bausituation und Sanitäranlagen

- 1.) Wir fordern die Überprüfung der Bausituation der Schulen der Stadt mindestens einmal jährlich. Falls Sanierungen und Aufarbeitungen notwendig sein sollten, so sollen diese zeitnah geschehen. Die Verbesserung der Bausituation soll im Bauplan der Stadt priorisiert werden. Größere Bauvorhaben sollen nach Möglichkeit in den Ferien umgesetzt werden
- 2.) Wir fordern die vollständige Sanierung von renovierungsbedürftigen Sanitäranlagen, deren Instandhaltung, Sauberkeit und Modernisierung konstant gewährt werden muss. In vielen Schulen ist der aktuelle Zustand der Sanitäranlagen nicht zumutbar.
- 3.) Zudem soll jeder Oberstufe, wenn möglich, ein MSS-Raum zur Verfügung gestellt werden.
- 4.) Wir fordern, dass Kapazitäten von Bildungseinrichtungen verstärkt beachtet werden und gegebenenfalls diese Einrichtung ausgebaut werden, um jetzt schon über dem Maximum liegende Auslastungen zu verhindern. Dies soll in naher Zukunft geschehen.
- 5.) Wir fordern bessere Mülltrennung in den Bildungseinrichtungen in der Stadt und allgemein mehr Müllaufräumaktionen, an denen sich die Schulen beteiligen sollen.

Absatz 2.1. – Digitalisierung

- 1.) Jede Schule wird dazu verpflichtet, dass es mindestens ein digitales Netzwerk (inklusive Kommunikationsfunktion, schulweiten Mitteilungen, vor allem durch die Schüler* Innenvertretungen) an Schulen gibt und dieses auch stetig genutzt wird. Ein digitales Vertretungssystem mit Online-Vertretungsplan muss außerdem zur Verfügung stehen.
- 2.) Wir fordern, dass in jeder Bildungseinrichtung ein funktionierendes WLAN-Netzwerk für schulische Zwecke eingerichtet wird.

Absatz 2.3. - Sanitätsdienst

- 1.) Wir fordern an jeder Bildungseinrichtung einen Sanitätsdienst, der adäquat ausgestattet werden muss und dessen Funktionalität regelmäßig geprüft werden soll.